

## **KOMMUNIQUE DER TAGUNG DES POLITISCHEN BERATENDEN AUSSCHUSSES DER MITGLIEDSTAATEN DES WARSCHAUER VERTRAGS AM 7. UND 8. JULI 1989 IN BUKAREST**

Am 7. und 8. Juli 1989 fand in Bukarest eine Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrags über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand statt. Daran nahmen teil:

von der Volksrepublik Bulgarien - Todor Shiwkow, Generalsekretär des Zentralkomitees der Bulgarischen Kommunistischen Partei und Vorsitzender des Staatsrates der Volksrepublik Bulgarien, Leiter der Delegation; Georgi Atanassow, Mitglied des Politbüros des ZK der BKP, Vorsitzender des Ministerrates der VRB; Dobri Dshurow, Mitglied des Politbüros des ZK der BKP, Minister für Volksverteidigung der VRB; Petyr Mladenow, Mitglied des Politbüros des ZK der BKP, Minister für Auswärtige Angelegenheiten der VRB; Dimityr Stanischew, Sekretär des ZK der BKP.

von der Ungarischen Volksrepublik - Rezső Nyers, Vorsitzender der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei, Leiter der Delegation; Miklós Németh, Vorsitzender des Ministerrates der UVR; Gyula Horn, Minister für Auswärtige Angelegenheiten der UVR; Ferenc Kárpáti, Minister für Verteidigung der UVR;

von der Deutschen Demokratischen Republik - Erich Honecker, Generalsekretär des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und Vorsitzender des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Leiter der Delegation; Willi Stoph, Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Vorsitzender des Ministerrates der DDR; Hermann Axen, Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Sekretär des ZK der SED; Heinz Keßler, Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Minister für Nationale Verteidigung der DDR; Egon Krenz, Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Sekretär des ZK der SED, Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR; Günter Mittag, Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Sekretär des ZK der SED, Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR; Oskar Fischer, Mitglied des ZK der SED, Minister für Auswärtige Angelegenheiten der DDR;

von der Volksrepublik Polen - Wojciech Jaruzelski, Erster Sekretär des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei und Vorsitzender des Staatsrates der Volksrepublik Polen, Leiter der Delegation; Mieczysław F. Rakowski, Mitglied des Politbüros des ZK der PVAP, Vorsitzender des Ministerrates der VRP; Jozef Czyrek, Mitglied des Politbüros des ZK der PVAP, Sekretär des ZK der PVAP; Czesław Kiszczak, Mitglied des Politbüros des ZK der PVAP, Minister des Innern der VRP; Florian Siwicki, Mitglied des Politbüros des ZK der PVAP, Minister für Nationale Verteidigung der VRP; Tadeusz Olechowski, Minister für Auswärtige Angelegenheiten der VRP;

von der Sozialistischen Republik Rumänien - Nicolae Ceaușescu, Generalsekretär der Rumänischen Kommunistischen Partei und Präsident der Sozialistischen Republik Rumänien, Leiter der Delegation; Constantin Dascalescu, Mitglied des Politischen Exekutivkomitees des ZK der RKP, Premierminister der Regierung der SRR; Ion Stoian, Kandidat des Politischen Exekutivkomitees des ZK der RKP, Sekretär des ZK der RKP; Vasile Milea, Kandidat des Politischen Exekutivkomitees des ZK der RKP, Minister für Nationale Verteidigung der SRR; Ioan Totu, Kandidat des Politischen Exekutivkomitees des ZK der RKP, Minister für Auswärtige Angelegenheiten der SRR;

von der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken - M. S. Gorbatschow, Generalsekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und Vorsitzender des Obersten Sowjets der UdSSR, Leiter der Delegation; N. I. Ryshkow, Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR; E. A. Schewardnadse, Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, Minister für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR; A. N. Jakowlew, Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, Sekretär des ZK der KPdSU; D. T. Jasow, Kandidat des Politbüros des ZK der KPdSU, Minister für Verteidigung der UdSSR;

von der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik — Miloš Jakeš, Generalsekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, Leiter der Delegation; Gustáv Husák, Mitglied des Präsidiums des ZK der KPTsch, Präsident der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik; Ladislav Adamec, Mitglied des Präsidiums des ZK der KPTsch, Vorsitzender der Regierung der ČSSR; Jozef Lenárt, Mitglied des Präsidiums des ZK der KPTsch, Sekretär des ZK der KPTsch; Jaromir Johanes, Minister für Auswärtige Angelegenheiten der ČSSR; Milán Václavík, Mitglied des ZK der KPTsch, Minister für Nationale Verteidigung der ČSSR.

An der Tagung nahmen auch der Oberkommandierende der Vereinten Streitkräfte der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrags, Armeegeneral P. G. Luschew, und der Generalsekretär des Politischen Beratenden Ausschusses, der Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der Sozialistischen Republik Rumänien, Constantin Oancea, teil.

Die Teilnehmer der Tagung führten einen Meinungsaustausch über die entstandene internationale Lage und erörterten die Hauptrichtungen des Zusammenwirkens der verbündeten Staaten im Interesse von Frieden und Stabilität in Europa, der Abrüstung, der Vertiefung des internationalen Dialogs und der Zusammenarbeit.

Es wurde hervorgehoben, daß es dank der aktiven Politik der sozialistischen Staaten und dem Wirken aller friedliebenden und realistisch denkenden Kräfte gelungen ist, eine Reihe positiver Veränderungen im internationalen Leben zu erreichen, Spannungen und Konfrontation abzubauen, das Vertrauen zu festigen, den politischen Dialog zu entwickeln, die Kontakte zwischen den Staaten auf verschiedenen Ebenen zu intensivieren. Es wurden erste Schritte auf dem Gebiet der Abrüstung unternommen und ein effektiv funktionierender Kontrollmechanismus geschaffen. Ermutigend ist der Beginn der Wiener Verhandlungen. Es erweitert sich die Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem und wissenschaftlich-technischem Gebiet und im Bereich der Menschenrechte. Es wurden Fortschritte bei der politischen Regelung regionaler Konflikte erzielt. Es wächst die Bereitschaft der Weltgemeinschaft, auf dem Gebiet der Sicherheit und Lösung globaler Probleme zusammenzuwirken.

Dennoch ist die Lage in der Welt nach wie vor kompliziert und widersprüchlich, sind die günstigen Prozesse noch nicht unumkehrbar geworden. Das Anhäufen von Waffen und ihre Modernisierung halten an. Kernwaffentests und die Arbeiten zur Militarisierung des Kosmos werden fortgesetzt. Die in den Jahren des „kalten Krieges“ entstandenen Konzeptionen der Konfrontation und der Politik der Stärke werden nur mit Schwierigkeiten überwunden. Ein gefährlicher, den Interessen der gemeinsamen Sicherheit zuwiderlaufender Anachronismus ist nach wie vor die Strategie der nuklearen Abschreckung, die auf der jüngsten NATO-Ratstagung erneut bekräftigt wurde. Die

Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten, Versuche ihrer Destabilisierung und die Verletzung der Menschenrechte werden fortgesetzt.

Die Teilnehmerstaaten halten an ihrem Ziel fest, die Menschheit von der Kriegsgefahr durch die Beseitigung der nuklearen und chemischen Waffen und die wesentliche Verringerung der konventionellen Rüstungen zu befreien. Sie betrachten die Abrüstung als wichtigste Frage der Gegenwart. Sie ist ein entscheidender Faktor für die Festigung des Friedens, der Sicherheit und des Vertrauens, der Vertiefung der Entspannung, der Entwicklung einer umfangreichen internationalen Zusammenarbeit und der Lösung der globalen Probleme.

Große Bedeutung messen die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrags der Entwicklung des gesamteuropäischen Prozesses auf allen Gebieten bei. Insbesondere geht es darum, ein neues Niveau der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa zu erreichen, bei der Errichtung eines unteilbaren Europas des dauerhaften Friedens und der Zusammenarbeit, eines gemeinsamen europäischen Hauses, voranzukommen, in dem Länder mit unterschiedlicher sozialer und staatlicher Ordnung existieren und die entstandenen territorialen und politischen Realitäten, die Unverletzlichkeit der bestehenden Grenzen, die Souveränität sowie das Recht eines jeden Volkes geachtet werden, sein Schicksal frei zu bestimmen. Es wurde die Entschlossenheit der Teilnehmerstaaten zum Ausdruck gebracht, nach Kräften zur Verwirklichung der auf dem Wiener Treffen erzielten Vereinbarungen beizutragen, um den Frieden und die Sicherheit in Europa zu festigen und die gegenseitige Verständigung und Zusammenarbeit auf unserem Kontinent zu verbessern. Die Positionen der verbündeten Staaten zu den Fragen der Gewährleistung der europäischen und internationalen Sicherheit und der Fortsetzung des Abrüstungsprozesses werden in der auf der Tagung angenommenen Erklärung „Für ein stabiles und sicheres Europa, frei von nuklearen und chemischen Waffen, für eine wesentliche Reduzierung der Streitkräfte, Rüstungen und Militärausgaben“ dargelegt.

Die Teilnehmer der Tagung sprechen sich dafür aus, den Beziehungen zwischen dem Warschauer Vertrag und dem Nordatlantischen Bündnis einen konfrontationsfreien Charakter zu verleihen, einen konstruktiven Dialog zwischen ihnen auf politischem und militärischem Gebiet zu entfalten sowie ihn in einen Faktor der Sicherheit und Zusammenarbeit auf dem Kontinent zu verwandeln. Gleichzeitig halten die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrags ihre prinzipielle Position zur Befreiung Europas von Militärblöcken, zur gleichzeitigen Auflösung beider Bündnisse, angefangen bei ihren militärischen Organisationen, aufrecht.

Die auf der Tagung vertretenen Staaten sprachen sich entschieden für eine friedliche Regelung der regionalen Konflikte im Nahen und Mittleren Osten, in Afrika, Asien und Mittelamerika aus. Das Leben hat gezeigt, daß der Verhandlungsweg fruchtbringend ist und es zu ihm keine vernünftige Alternative gibt. Sie werden auch künftig zur politischen Lösung von Krisensituationen in der Welt und zur weiteren Erhöhung der Rolle der Organisation der Vereinten Nationen auf diesem Gebiet aktiv beitragen.

Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrags sprachen sich in diesem Zusammenhang für eine baldmögliche Durchführung einer internationalen Nahostkonferenz unter der Ägide der UNO mit allen interessierten Seiten, darunter auch der PLO, für eine umfassende Nahostregelung auf der Grundlage der Anerkennung des Rechts des Volkes von Palästina auf Selbstbestimmung, die Existenz eines unabhängigen

palästinensischen Staates, wie auch des Rechts auf Unabhängigkeit, Souveränität und Integrität aller Staaten der Region, einschließlich Israel, aus.

Die Teilnehmer der Tagung brachten ihre Unterstützung für die Führung der Republik Afghanistan, für eine gerechte Regelung der Lage im Land auf der Grundlage der nationalen Aussöhnung, für ein einheitliches, unabhängiges und nichtpaktgebundenes Afghanistan, dessen Volk das Recht hat, sein Schicksal ohne jedwede Einmischung von außen zu bestimmen, zum Ausdruck.

Die auf der Tagung vertretenen Staaten sind besorgt über die ernsten vor der Menschheit stehenden ökonomischen Probleme, über die Vertiefung der Diskrepanz zwischen den entwickelten und Entwicklungsländern, das ständige Anwachsen der Auslandsverschuldung und der nationalen Mittel für deren Tilgung. Sie treten dafür ein, die Anstrengungen aller Staaten zur Lösung dieser Probleme auf einer gerechten und gleichberechtigten Grundlage unter aktiver Teilnahme der Organisation der Vereinten Nationen und für die Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung zu vereinen. Auf der Tagung wurde die Notwendigkeit unterstrichen, die weiterhin bestehenden diskriminierenden Beschränkungen für die Entwicklung gleichberechtigter Beziehungen auf den Gebieten von Handel, Wirtschaft, Wissenschaft und Technik sowie für den Zutritt zu moderner Technologie zu beseitigen. Die Wirtschaftsbeziehungen dürfen nicht durch politische oder andere Vorbedingungen behindert werden.

Bei der Erörterung der Fragen der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Erhaltung und der Verbesserung der Umwelt bekräftigen die Teilnehmer der Tagung die Haltung ihrer Staaten, die im Dokument der Warschauer Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses (1988) „Folgen des Wettrüstens für die Umwelt und andere Aspekte der ökologischen Sicherheit“ dargelegt wurde. Sie sind bereit, aktiv mit anderen Ländern sowohl auf multilateraler als auch auf bilateraler Grundlage bei der Lösung der Umweltprobleme zusammenzuwirken. Sie unterstützen die erfolgreiche Durchführung des Treffens zum Umweltschutz in Sofia im Herbst dieses Jahres, um es zu einem wichtigen Schritt bei der Verstärkung der internationalen Zusammenarbeit auf diesem Gebiet zu machen, sowie die Vorbereitung der für 1992 vorgesehenen UNO-Konferenz über Umwelt und Entwicklung.

Die Teilnehmer der Tagung unterstrichen die wichtige Rolle der Bewegung der Nichtpaktgebundenen im internationalen Leben. Sie äußerten die Hoffnung, daß das bevorstehende Gipfeltreffen der nichtpaktgebundenen Länder dazu dienen wird, den Beitrag der Bewegung zur Lösung der Schlüsselfragen der Gegenwart sowie ihre Autorität und ihren Einfluß zu erhöhen. Die auf der Tagung vertretenen Staaten messen der weiteren Entwicklung der Beziehungen zu den nichtpaktgebundenen Ländern und dem Zusammenwirken mit ihnen in internationalen Angelegenheiten große Bedeutung bei.

Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrags unterstützen die umfassende Entfaltung des Friedenspotentials der Organisation der Vereinten Nationen bei der Lösung der globalen Probleme unter Teilnahme aller Länder, unabhängig von deren Größe und sozialer Ordnung. Sie treten dafür ein, die Effektivität der UNO zu erhöhen und die Aktivitäten dieser Organisation zur Festigung des Friedens stärker zu nutzen. Es ist wichtig, die UNO in die Anstrengungen zur Verhinderung internationaler Krisen aktiv einzubeziehen.

Die Teilnehmer der Tagung informierten einander über die innere Entwicklung in ihren Ländern, über Verlauf und Probleme des Aufbaus des Sozialismus und hoben die wachsende Wechselwirkung von Innen- und Außenpolitik hervor. Sie unterstrichen die Kraft des Einflusses der sozialistischen Ideen, die Bedeutung der Veränderungen in den verbündeten Staaten, die auf die Vervollkommnung und Erneuerung der sozialistischen Gesellschaft, auf die ständige Dynamik ihrer politischen und wirtschaftlichen Systeme sowie auf die Entwicklung der Demokratie gerichtet sind, um den Volkswohlstand zu erhöhen, die Lebensqualität zu verbessern, die Persönlichkeit eines jeden zu entfalten und die Grundrechte und -freiheiten des Menschen zu gewährleisten. Sie gehen davon aus, daß es keinerlei universelle Sozialismusmodelle gibt und niemand das Monopol auf die Wahrheit besitzt. Der Aufbau einer neuen Gesellschaft ist ein schöpferischer Prozeß. Er entwickelt sich in jedem Land entsprechend seinen Bedingungen, Traditionen und Erfordernissen.

Auf der Tagung wurde das gemeinsame Bestreben bekräftigt, im Interesse des Sozialismus und der Vervollkommnung der Zusammenarbeit der verbündeten Staaten sowie der zuverlässigen Gewährleistung ihrer Sicherheit zu wirken. Es wurde die Zuversicht geäußert, daß die sozialistischen Staaten und die führenden Kräfte der Gesellschaft in der Lage sind, die Probleme, die in der gegenwärtigen Etappe ihrer Entwicklung auftreten, zu lösen. Es wurde ebenfalls die Notwendigkeit unterstrichen, die Beziehungen zwischen ihnen auf der Grundlage der Gleichheit, Unabhängigkeit und des Rechts eines jeden, selbständig seine eigene politische Linie, Strategie und Taktik ohne Einmischung von außen auszuarbeiten, zu entwickeln.

Die Teilnehmer der Tagung stimmten überein, daß der Warschauer Vertrag zuverlässig die Sicherheit der Teilnehmerstaaten gewährleistet und ein wichtiger Faktor des Friedens und der Stabilität in Europa und der ganzen Welt ist. Die konstruktiven Aktivitäten der verbündeten Länder üben einen positiven Einfluß auf die Prozesse in der Welt aus und stimulieren die Entwicklung der internationalen Beziehungen entsprechend demokratischen Prinzipien im Geiste des neuen politischen Denkens.

Die Teilnehmerstaaten sprachen sich für die Festigung der Solidarität und des Zusammenwirkens der verbündeten Staaten sowie die weitere Entwicklung ihrer vielfältigen Zusammenarbeit auf der Grundlage der Gleichberechtigung und gegenseitigen Achtung zum Wohle der Brudervölker und im Interesse des Weltfriedens aus.

Es wurde der Beschluß gefaßt, die Anstrengungen zur Festigung des politischen Charakters des Warschauer Vertrags und der Vervollkommnung des Mechanismus der Zusammenarbeit in seinem Rahmen auf demokratischer Grundlage fortzusetzen.

Die Arbeit des Komitees der Minister für Auswärtige Angelegenheiten und des Komitees der Verteidigungsminister wurde positiv eingeschätzt und deren weitere Aufgaben wurden festgelegt.

Der Politische Beratende Ausschuß faßte einen Beschluß zum Bericht des Oberkommandierenden der Vereinten Streitkräfte der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrags.

Die Sozialistische Republik Rumänien übernimmt es als Gastgeber, die Dokumente der Tagung anderen Staaten und internationalen Organisationen zu übermitteln.

Zum Generalsekretär des Politischen Beratenden Ausschusses für den folgenden Zeitraum wurde der Vertreter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, I. P. Aboimow, Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten, ernannt.

Die Tagung verlief in einer Atmosphäre der Freundschaft und Zusammenarbeit. Die nächste turnusmäßige Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrags findet in Moskau statt.

[Quelle: Europa-Archiv, 20/1989, D 596-600.]